

# Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Gleichstellung und  
Bürger\*innenbeteiligung  
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin  
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin  
Telefon 90295 - 5002 / 5003  
Fax 90295 - 6515  
E-Mail [bvv.buero@ba-pankow.de](mailto:bvv.buero@ba-pankow.de)  
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 22.11.2022

## Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung ein.

**am Dienstag, 29.11.2022**

**um 19:30 Uhr**

**im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17**

### Tagesordnung

#### Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung & Abstimmung der Tagesordnung
- 2 Wahl einer Schriffführung
- 3 Protokollkontrolle für den 18.10.2022
- 4 Bericht aus dem Bezirksamt
- 5 Vorstellung & Förderempfehlung der Anträge auf Zuwendungen im Bereich Gleichstellung für das Haushaltsjahr 2023 (ca. 20 min)
- 6 Arbeitsgruppe & Ausschussantrag zur Weiterentwicklung und Evaluierung des Bürger\*innenhaushaltes für den Bezirk Pankow (ca. 10 min)
- 7 Überwiesene Drucksachen (ca. 70 min)
  - 7.1 Nach der Streichung des § 219a StGB - Informationen für Pankower Ärztinnen und Ärzte sowie Beratungsstellen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellen - Drucksache: IX-0335
  - 7.2 Bürger\*innen bei der Verkehrswende mitnehmen - Sprechstunde einrichten! - Drucksache: IX-0325
  - 7.3 Den Duschbus für obdachlose Frauen wieder nach Pankow holen! - Drucksache: IX-0385
  - 7.4 „Nacht der Politik“ des Bezirks Pankow einführen - Kommunalpolitik und Ämter zum Anfassen! - Drucksache: IX-0401
  - 7.5 Familienfreundliche BVV ermöglichen! - Drucksache: IX-0443
- 8 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Can Diego Aru, Ausschussvorsitzender



Drucksache  
Bezirksverordnetenversammlung  
Pankow von Berlin

IX-0335

**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

31.08.2022 BVV

BVV/008/IX

**Betreff: Nach der Streichung des § 219a StGB - Informationen für Pankower Ärztinnen und Ärzte sowie Beratungsstellen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellen**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, die im Bezirk Pankow ansässigen Ärztinnen und Ärzte sowie Beratungsstellen zum Thema Schwangerschaftsabbruch und Familienplanung zeitnah über die neue Rechtslage nach Inkrafttreten der Streichung von § 219a StGB zu informieren. Dabei soll das Bezirksamt entsprechende Informationen über die praktische Bedeutung der Streichung für die Informationsarbeit der Ärztinnen und Ärzte sowie Beratungsstellen bereitstellen. Die Ärztinnen und Ärzte sowie Beratungsstellen sollen zudem angeregt werden entsprechende Informationen über Schwangerschaftsabbrüche auf ihren Webseiten und in anderweitigen Informationsmaterialien zur Verfügung zu stellen, sollten sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen oder hierzu beraten. Darüber hinaus sollen diese Informationen auch allen Arztpraxen für Gynäkologie und Frauenheilkunde bereitgestellt werden. Außerdem wird das Bezirksamt ersucht, selbst Informationen über etwaige Anlaufstellen, Behandlungen, Erstattungsmöglichkeiten und in Pankow ansässige Ärztinnen und Ärzte, die entsprechende Behandlungen vornehmen, gebündelt anzubieten. Das Bezirksamt soll zudem Informationen für Ärztinnen und Ärzte bereitstellen, wie sie mit auftretenden Bedrohungen oder Anfeindungen aufgrund der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen umgehen und an welcher Stelle sie Unterstützung erhalten können.

Berlin, den 24.08.2022

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
gez. BV Almuth Tharan, BV Hannah Wettig, BV Can Aru, BV Helene Bond

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

\_\_\_\_\_ beschlossen  
\_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
\_\_\_\_\_ abgelehnt  
\_\_\_\_\_ zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

einstimmig  
 mehrheitlich  
 Ja-Stimmen  
 Gegenstimmen  
 Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für  
mitberatend in den Ausschuss für  
sowie in den Ausschuss für

Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung  
Soziales, Senior\*innen und Gesundheit

federführend

**Begründung:**

Der Bundestag hat die Abschaffung der Strafbarkeit von Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen beschlossen. Durch diese Veränderung des Strafgesetzbuches (StGB), müssen Ärztinnen und Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche unter den Voraussetzungen des § 218a Absatz 1 bis 3 StGB vornehmen, nicht mehr mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen, wenn sie sachliche Informationen über Ablauf und Methoden des Schwangerschaftsabbruchs öffentlich kommunizieren (§ 11 Absatz 3 StGB). Um die sich daraus ergebende neue Rechtslage auch in Pankow möglichst schnell und unkompliziert umzusetzen und betroffenen Frauen und Mädchen einen ungehinderten Zugang zu sachgerechten fachlichen Informationen über den sie betreffenden medizinischen Eingriff und das Auffinden einer geeigneten Ärztin oder eines geeigneten Arztes zu ermöglichen, ist es notwendig, dass der Zugang zu fachgerechter medizinischer Versorgung sowie die freie Ärztinnenwahl ermöglicht wird. Denn die Bereitstellung von Informationen, insbesondere durch Ärztinnen und Ärzte, die selbst Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, auch außerhalb eines persönlichen Beratungsgesprächs, stellt für sie eine wichtige Entscheidungshilfe dar. Dies hilft wirksam, eine verantwortungsvolle Entscheidung über die Fortführung oder Beendigung der Schwangerschaft treffen zu können, weil ihnen wichtige sachliche Informationen nicht mehr fehlen. Ebenso ist die Gesundheit der im Bezirk lebenden Menschen bedeutsam. Durch die formulierten Maßnahmen ergibt sich mithin eine Stärkung im Hinblick auf sexualmedizinische und reproduktive Versorgung die den Zielen drei und fünf des „Sustainable Development Goals“ für nachhaltige Entwicklung entsprechen<sup>1</sup>. Auch leistet der Bezirk Pankow einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Selbstbestimmungsrechts von Menschen über ihren eigenen Körper und fördert mit dem allgemeinen Zugang zu Informationen für ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters.

---

<sup>1</sup> <https://www.bmz.de/de/agenda-2030> (letzter Aufruf 21.06.2022, 22 Uhr)

**Betreff:** Wtrlt: **Beschlussempfehlung IX-0335; Sitzung SoSeGe 13.10.2022**

>>> < > schrieb am 18.10.2022 um 15:58:  
Liebes BVV-Büro,

der Ausschuss hat die Drucksache IX-0335 (Nach der Streichung des §219a StGB - Information für Pankower Ärztinnen und Ärzte sowie Beratungsstellen über Schwangerschaftsabbrüche bereitstellen) einstimmig mit 13 Ja und einer Enthaltung in folgender, geänderter Fassung beschlossen.

MfG OJ

Das Bezirksamt wird ersucht, den im Bezirk ansässigen Krankenhäusern, Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen dürfen, sowie Beratungsstellen zum Thema Schwangerschaftsabbruch und Familienplanung zeitnah die neue Rechtslage zur Information über Schwangerschaftsabbrüche nach Wegfall des § 219a StGB zu erläutern.

Die Krankenhäuser, Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, sollen zudem gebeten werden, dies auf ihrer Website bekannt zu geben und dort auch Informationen über Methoden und Ablauf des Schwangerschaftsabbruchs zu veröffentlichen. Dabei kann das Bezirksamt argumentativ auf die Begründung des Gesetzgebers zur Streichung des § 219a StGB zurückgreifen, in der dieser an mehreren Stellen deutlich macht, dass er gerade „die Bereitstellung von Informationen .... durch Ärztinnen und Ärzte, die selbst Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, auch außerhalb eines persönlichen Beratungsgesprächs“ ermöglichen will, weil sie eine „wichtige Entscheidungshilfe“ für betroffene Frauen ist.

Außerdem wird das Bezirksamt ersucht, selbst Informationen über Beratungsstellen, Methoden und Abläufe von Schwangerschaftsabbrüchen, Erstattungsmöglichkeiten sowie über die Krankenhäuser, Ärztinnen und Ärzte in Pankow, die entsprechende Eingriffe vornehmen, gebündelt anzubieten. Dies kann auch über Links zu entsprechenden Informationen z.B. auf den Internetseiten des Senats und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung erfolgen.

Diese Informationen sollen auch allen Arztpraxen für Gynäkologie und Frauenheilkunde bereitgestellt werden.

Das Bezirksamt soll den Ärztinnen und Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, auch Informationen zur Verfügung stellen, wie sie mit diesbezüglichen Bedrohungen und Angriffen umgehen und von welchen Stellen sie hierbei Unterstützung erhalten können.

### **Begründung:**

Der Bundestag hat die Abschaffung der Strafbarkeit von sachlichen Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen beschlossen. In der Begründung des Gesetzes, mit dem der § 219a StGB gestrichen wurde, erklärt der Gesetzgeber, dass er damit erreichen möchte, „dass sich Frauen besser informieren können.“ Dabei geht er davon aus, dass „die Bereitstellung von Informationen gerade durch die Ärztinnen und Ärzte, die selber Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, auch außerhalb eines persönlichen Beratungsgesprächs“ für die betroffenen Frauen eine „wichtige Entscheidungshilfe“ darstellt (Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1635, Seite 1). Die durch das Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch von 2019 ermöglichten „Informationen über Methoden und Abläufe der möglichen medizinischen Eingriffe ..... über die insoweit zuständigen Bundes- oder Landesbehörden, Beratungsstellen nach dem SchKG oder Ärztekammern“ hält der Gesetzgeber nicht (mehr) für ausreichend. Auch die 2019 eingeführte, von der Bundesärztekammer zu erstellende Liste von Ärztinnen und Ärzten sowie Krankenhäusern und Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, reicht nach Auffassung des Gesetzgebers „nicht aus, um ein bestehendes Informationsdefizit seitens betroffener Frauen zu beseitigen.“

„Die faktische Begrenzung des Beratungsangebots kann“ nach Einschätzung des Gesetzgebers „dazu führen, dass schwangere Frauen in Konfliktlagen nicht zeitnah - zu einem angemessenen Zeitpunkt innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist von zwölf Wochen .... in die Lage versetzt werden, eine verantwortungsvolle Entscheidung über die Fortführung oder Beendigung der Schwangerschaft zu treffen“. Und diese Erschwerung des Zugangs zu den benötigten medizinischen Informationen „beeinträchtigt sie in ihrem Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung“. (Deutscher Bundestag, Drucksache 20/1635, S. 10)

Tatsächlich setzen die Krankenhäuser, Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen - von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen - die von Gesetzgeber gewünschten Informationen noch nicht um. Die angestrebten Verbesserungen für die betroffenen Frauen sind folglich noch nicht eingetreten.

Um dies zu ändern und den betroffenen Frauen und Mädchen einen ungehinderten Zugang zu sachgerechten fachlichen Informationen über die möglichen Eingriffe und das Auffinden einer geeigneten Ärztin oder eines geeigneten Arztes zu ermöglichen, ist es notwendig, die Krankenhäuser, Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, zu informieren, dass es ihnen nach der neuen Rechtslage ausweislich der Gesetzesbegründung nicht nur erlaubt ist, diese Informationen z.B. auf ihre Internetseite zur Verfügung zu stellen, sondern, dass der Gesetzgeber dies ausdrücklich wünscht.

Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen werden die Ziele drei und fünf der „Sustainable Development Goals“ für nachhaltige Entwicklung gestärkt. Das betrifft zum einen das Unterziel 3.7 „Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, einschließlich Familienplanung, Information und Aufklärung, und die Einbeziehung der reproduktiven Gesundheit in nationale Strategien und Programme gewährleisten.“ Zum anderen ist das Unterziel 5.6 berührt: „den allgemeinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten gewährleisten“.



**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

IX-0325

**Antrag**

Linksfraktion

Beratungsfolge:

31.08.2022    BVV

BVV/008/IX

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

**Betreff:        Bürger\*innen bei der Verkehrswende mitnehmen - Sprechstunde einrichten!**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, eine Sprechstunde einzurichten, die Menschen bei den Auswirkungen und der Umsetzung der Verkehrswende zur Seite steht, Möglichkeiten für den Umstieg auf den Umweltverbund aufzeigt und Personen, die auf das Auto angewiesen sind, berät. Dabei sind Alternativen zum Auto aufzuzeigen, sofern diese anwendbar und bekannt sind, genauso wie Menschen zu beraten, die derzeit auf das Auto angewiesen sind und z.B. durch den Wegfall von Parkplätzen ihren Alltag nicht mehr in gewohnter Weise meistern können.

Berlin, den 23.08.2022

Einreicher:    Linksfraktion,  
 gez. BV Maximilian Schirmer, BV Kirsten Wechsberger, BV Matthias Zarbock

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

\_\_\_\_\_ beschlossen  
 \_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
 \_\_\_\_\_ abgelehnt  
 \_\_\_\_\_ zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen
<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
<input type="checkbox"/>	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für  
 mitberatend in den Ausschuss für  
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung  
 Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung

federführend

**Begründung:**

Die Verkehrswende ist unausweichlich, um die Klimaziele Berlin umsetzen zu können. Dabei passiert es immer öfter, dass Menschen auf der Strecke bleiben und sich gezwungen fühlen vom Auto auf den ÖPNV, das Fahrrad oder andere Verkehrsmittel umzusteigen. Die Verkehrswende kann aber nur funktionieren, wenn die Menschen durch Aufklärung und Beratung freiwillig umsteigen und die Angebote gerne annehmen. Dazu muss das Angebot des Umweltverbundes ausgebaut werden und bereits existierende Angebote müssen bekannter gemacht werden. Eine dauerhafte Beratungsstelle, die Probleme nicht weg diskutiert, sondern nach ernsthaften Lösungen sucht, kann den einen oder die andere vom Umstieg überzeugen. Solche Sprechstunden werden bereits erfolgreich praktiziert und stellen ein niedrighschwelliges Angebot dar. Dabei sind Barrieren im Alltag aufzulösen, soziale Angebote aufzuzeigen und Schwachstellen bei einer wohnortnahen Mobilität zu identifizieren sowie nach Möglichkeit abzustellen.



**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

IX-0385

**Antrag**

Fraktion der SPD

Ursprung:  
 Antrag, Fraktion der SPD  
 Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.09.2022 BVV

BVV/009/IX

**Betreff: Den Duschbus für obdachlose Frauen wieder nach Pankow holen!**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, einen neuen zentralen Stellplatz für den "Duschbus für obdachlose Frauen", betrieben vom Sozialdienst Katholischer Frauen e. V., zu finden und somit das Projekt wieder aufzunehmen und dieses Angebot mit gezielten Informationen und Werbemaßnahmen sichtbarer zu machen.

Berlin, den 20.09.2022

Einreicher: Fraktion der SPD,  
 Ulrike Rosensky, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

\_\_\_\_\_ beschlossen  
 \_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
 \_\_\_\_\_ abgelehnt  
 \_\_\_\_\_ zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
<b>49</b>	Ja-Stimmen
<b>0</b>	Gegenstimmen
<b>0</b>	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für  
 mitberatend in den Ausschuss für  
 sowie in den Ausschuss für

Soziales, Senior\*innen und Gesundheit  
 Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung

federführend



**Begründung:**

Am 13.9.2022 berichtete der Bezirksbürgermeister Sören Benn im Ausschuss für Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung davon, dass das Angebot des Duschbusses für obdachlose Frauen, betrieben vom "Sozialdienst Katholischer Frauen", in Pankow am Standort Helmholtzplatz, nicht mehr zur Verfügung steht. Grund seien die fehlenden Besucherinnen. Das Angebot wäre nicht angenommen worden.

Das Angebot existierte ungefähr ein halbes Jahr in Pankow. Gezielte Werbung in den Pankower und Berliner Obdachlosenunterkünften, damit Betroffene aufmerksam auf dieses Angebot gemacht werden, wurde nicht durchgeführt.

Manchmal braucht es eine Zeit, bis sich solch ein Angebot herumgesprochen hat und betroffene Frauen ihre Hemmschwelle, Angst und Scham überwinden und die Hilfe annehmen.

Der Duschbus bietet nicht nur kostenlose Toiletten- und Duschnutzung, sondern auch warmen Kaffee und die Ausgabe von kostenlosen Hygieneprodukten für Frauen, sowie Wechselwäsche an. Er stand einmal die Woche für zwei Stunden in Pankow.



**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

IX-0401

**Antrag**

Fraktion der CDU

Ursprung:  
Antrag, Fraktion der CDU  
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

28.09.2022 BVV

BVV/009/IX

**Betreff: "Nacht der Politik" des Bezirks Pankow einführen – Kommunalpolitik und Ämter zum Anfassen!**

**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, eine neue Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Nacht der Politik“ an jedem ersten Freitag im März eines jeden Jahres ins Leben zu rufen.

Das Bezirksamt Pankow wird darüber hinaus ersucht, folgende Maßnahmen für die „Nacht der Politik“ zu unternehmen:

- Das Bezirksamt initiiert eine ämter- und fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe unter Einbeziehung eines Vertreters des Vorstandes der Bezirksverordnetenversammlung zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Veranstaltung;
- Das Bezirksamt stellt sicher, dass die bezirklichen Ämter sich dort adäquat inhaltlich und mit Fachinformationen vorstellen und sich als attraktiver Arbeitgeber präsentieren können;
- Das Bezirksamt stellt städtebauliche Projekte in den jeweiligen Stadtteilen vor;
- Das Bezirksamt offeriert interessierten Vereinen des Sports, des ehrenamtlichen Brand- und Katastrophenschutzes sowie der Lebensrettung die Teilnahme;
- Das Bezirksamt trägt dafür Sorge, dass sich die Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung mit ihrer wertvollen Arbeit gleichberechtigt präsentieren können;
- Das Bezirksamt offeriert in jedem Jahr einem Musiker, einer Band, o. ä. die musikalische Begleitung der Veranstaltung;
- Das Bezirksamt bzw. die initiierte Arbeitsgruppe trägt dafür Sorge, dass es eine Podiumsdiskussion der Fraktionen zu einem aktuellen politischen Thema gibt;
- Das Bezirksamt stellt sicher, dass es zu keinen extremen/extremistischen Botschaften kommt und falls es trotz größter Fürsorge dazu käme, dass dies nicht wieder vorkommt;
- Das Bezirksamt trägt dafür Sorge, dass die Veranstaltung angemessen beworben wird.

Berlin, den 21.09.2022

Einreicher: Fraktion der CDU,  
David Paul, Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

\_\_\_\_\_ beschlossen  
\_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
\_\_\_\_\_ abgelehnt  
\_\_\_\_\_ zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

<b>x</b>	einstimmig
_____	mehrheitlich
<b>49</b>	Ja-Stimmen
<b>0</b>	Gegenstimmen
<b>0</b>	Enthaltungen

**x** \_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
mitberatend in den Ausschuss für  
sowie in den Ausschuss für

Finanzen, Immobilien, Personal und Energiemanagement  
Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung

federführend

**Begründung:**

„Politik interessiert mich nicht!“, diesen Spruch haben vermutlich schon alle politisch engagierten Personen gehört. Jedoch bestimmt die Politik die Rahmenbedingungen aller in Deutschland, Berlin und Pankow lebenden Menschen. Unter dem Titel „Tag der offenen Tür“ initiieren die Bundesregierung und Bundesministerien sowie das Bundespresseamt den Bürgern Politik zum Anfassen. Die „Nacht der Politik“ ist im Bezirk Lichtenberg bereits langjährig etabliert und sorgt mit dafür, dass Kommunalpolitik mehr und besser verstanden und dafür sensibilisiert wird. Gerade im größten Berliner Bezirk – mit innerstädtischen und ländlichen Regionen, sind Verständnisse von Politik unterschiedlich ausgeprägt. Es stünde daher der Kommunalpolitik und dem Bezirksamt gut zu Gesicht, für mehr Öffentlichkeitswirksamkeit zu sorgen.

2. Ausfertigung  
Drs. IX-0401

„Nacht der Politik“ des Bezirks Pankow einführen - Kommunalpolitik und Ämter zum Anfassen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, im Jahr 2023 eine „Nacht der Politik“ zu veranstalten. In diesem Zusammenhang soll das Bezirksamt prüfen, ob die „Nacht der Politik“ sinnvoll mit einer bestehenden Veranstaltung, wie beispielsweise dem jährlichen Empfang von Bezirksbürgermeister und BVV-Vorsteher, verknüpft werden kann - diese müsste dann für alle Pankower Bürger geöffnet werden. Die Fraktionen der BVV erhalten die Möglichkeit, sich im Rahmen der „Nacht der Politik“ gleichberechtigt zu präsentieren. Das Bezirksamt bewirbt die Veranstaltung in der Presse, in eigenen Kanälen und im „vorpolitischen Raum“.

Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe unter Einbeziehung eines Vertreters des BVV-Vorstandes wird zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Veranstaltung eingerichtet. Diese prüft u. a., ob folgende Punkte im Rahmen der „Nacht der Politik“ sinnvoll umsetzbar sind:

- Vorstellung der bezirklichen Ämter mit Fachinformationen
- Präsentation des Bezirksamts als attraktiver Arbeitgeber
- Vorstellung von städtebaulichen Projekten in den jeweiligen Regionen und Ortsteilen
- Angebot an interessierte Vereine u. a. des Sports, des ehrenamtlichen Brand- und Katastrophenschutzes sowie der Lebensrettung, sich im Rahmen der Veranstaltung zu präsentieren
- musikalische Begleitung der Veranstaltung durch Musiker, Bands o. ä. aus dem Bezirk
- Podiumsdiskussion der Fraktionen zu einem aktuellen politischen Thema
- sicherstellen, dass es zu keinen extremen/extremistischen Botschaften kommt und falls es trotz größter Fürsorge dazu käme, dass dies nicht wieder vorkommt

Sollte die Veranstaltung eine positive Resonanz durch die Pankower Bürger erfahren wird das Bezirksamt ersucht, die „Nacht der Politik“ regelmäßig einmal im Jahr als Veranstaltungsreihe stattfinden zu lassen.

Begründung

„Politik interessiert mich nicht!“, diesen Spruch haben vermutlich schon alle politisch engagierten Personen gehört. Jedoch bestimmt die Politik die Rahmenbedingungen aller in Deutschland, Berlin und Pankow lebenden Menschen. Unter dem Titel „Tag der offenen Tür“ initiieren die Bundesregierung und Bundesministerien sowie das Bundespresseamt den Bürger Politik zum Anfassen. Die „Nacht der Politik“ ist im Bezirk Lichtenberg bereits langjährig etabliert und sorgt mit dafür, dass Kommunalpolitik mehr und besser verstanden wird und dafür sensibilisiert wird. Gerade im größten Berliner Bezirk - mit innerstädtischen und ländlichen Regionen - ist das Verständnis von Politik unterschiedlich ausgeprägt. Es stünde daher der Kommunalpolitik und dem Bezirksamt gut zu Gesicht für mehr Öffentlichkeitswirksamkeit zu sorgen.

Eine solche Veranstaltung wäre außerdem eine gute Form der Bürgerbeteiligung und so in der Lage, unsere Demokratie zu stärken. Auch böte sie die Chance, weitere Bürger für das ehrenamtliche kommunalpolitische Engagement sowie Mitarbeiter für das Bezirksamt zu gewinnen.



**Drucksache**  
**Bezirksverordnetenversammlung**  
**Pankow von Berlin**

IX-0443

**Antrag**

Linksfraction

Beratungsfolge:

16.11.2022 BVV

BVV/010/IX

Ursprung:

Antrag, Linksfraction

Mitzeichnungen:

**Betreff: Familienfreundliche BVV ermöglichen!****Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, gemeinsam mit dem Bezirksverordnetenvorsteher und dem BVV-Büro, geeignete Maßnahmen zu prüfen, um die Arbeit in der BVV familienfreundlicher zu gestalten und vor allem Eltern und alleinerziehenden Personen den Zugang zur Kommunalpolitik zu ermöglichen. Die Prüfergebnisse sind offen dem Ausschuss für Gleichstellung zu präsentieren, damit dort geeignete Maßnahmen diskutiert und beschlossen werden können. Dabei sollten u.a. folgende Punkte geprüft werden:

- Inwieweit bei BVV Sitzungen und Ausschusssitzungen eine Kinderbetreuung angeboten werden kann.
- Inwieweit für eventuelle Kinderbetreuung ein Raum zur Verfügung gestellt werden könnte. Der Raum könnte ebenfalls bei externen Nutzungen mit angeboten werden. Die Kinderbetreuung während externer Vermietung oder Bereitstellungen (z.B. Klausurtagungen der Fraktionen) könnte durch die mietende oder nutzende Partei organisiert und bezahlt werden.
- Inwieweit eine mögliche Kooperation mit einer Kita in räumlicher Nähe geschlossen werden kann, um eine Kinderbetreuung abzusichern. Möglicherweise ist der Betreuungszeitraum der Kita den Sitzungszeiten der BVV anzupassen.

Berlin, den 08.11.2022

Einreicher: Linksfraction, gez. BV Maximilian Schirmer, BV Kirsten Wechselberger

Begründung siehe Rückseite

**Abstimmungsergebnis:**

\_\_\_\_\_ beschlossen  
 \_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
 \_\_\_\_\_ abgelehnt  
 \_\_\_\_\_ zurückgezogen

**Abstimmungsverhalten:**

<b>x</b>	einstimmig
	mehrheitlich
<b>49</b>	Ja-Stimmen
<b>0</b>	Gegenstimmen
<b>0</b>	Enthaltungen

**x** \_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
 mitberatend in den Ausschuss für  
 sowie in den Ausschuss für

Finanzen, Immobilien, Personal und Energiemanagement  
 Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung

federführend

**Begründung:**

Die Arbeit in der BVV ist sehr unattraktiv für Menschen mit Familien, da die Ausschüsse, die Fraktionssitzungen und die BVV während einer Zeit stattfinden, an denen sich Eltern meistens um ihre Kinder kümmern müssen. Eltern, die keine familiäre Kinderbetreuung organisieren können oder sich keine kommerzielle Kinderbetreuung leisten können, werden de facto von der BVV ausgeschlossen. Viele Eltern oder junge Menschen mit Kinderwunsch lassen sich aus diesem Grund gar nicht erst für ein Mandat in der BVV aufstellen. Teilweise belastet die Arbeit einer oder eines Bezirksverordneten die ganze Familie. Die BVV Pankow möchte aber Querschnitt der gesamten Gesellschaft sein. Die Perspektive junger Menschen und Eltern ist enorm wichtig und bereichernd für die BVV. Alleinerziehende Eltern, sind in der Mehrzahl immer noch Frauen und daher erleben vor allem Frauen in der Politik eine Doppelbelastung. Gleiche Chancen heißt gleiche Voraussetzungen schaffen.



Drucksache  
Bezirksverordnetenversammlung  
Pankow von Berlin

IX-0443

## Änderungsantrag

Fraktion der CDU

Ursprung:  
Antrag, Linksfraktion  
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

16.11.2022 BVV

BVV/010/IX

**Betreff: Familienfreundliche BVV ermöglichen!**

### Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, gemeinsam mit dem Bezirksverordnetenvorsteher und dem BVV-Büro, geeignete Maßnahmen zu prüfen, um die Arbeit in der BVV familienfreundlicher zu gestalten und vor allem Eltern und alleinerziehenden Personen den Zugang zur Kommunalpolitik zu ermöglichen. Die Prüfergebnisse sind offen dem Ausschuss für Gleichstellung **und Bürgerbeteiligung** zu präsentieren, damit dort geeignete Maßnahmen diskutiert **und der BVV zum Beschluss vorgeschlagen beschlossen** werden können. Dabei sollten u.a. folgende Punkte geprüft werden:

- **Hinwirkung gegenüber den zuständigen Stellen auf eine Änderung von §8 Abs.2 BezVG mit dem Ziel, dass auch außerhalb außergewöhnlicher Notlagen Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse hybrid durchgeführt werden können. Bezirksverordnete (und Mitglieder des Bezirksamtes) sollen die Möglichkeit erhalten, hiervon in begründeten Ausnahmefällen (Krankheit, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen) Gebrauch zu machen.**
- **Inwieweit bei BVV Sitzungen und Ausschusssitzungen eine Kinderbetreuung angeboten werden kann. Hierfür sollte vorab eine Bedarfsabfrage bei den Bezirksverordneten, Mitgliedern des Bezirksamtes und Mitarbeiterinnen des BVV-Büros durchgeführt werden.**

- Inwieweit für eventuelle Kinderbetreuung ein Raum zur Verfügung gestellt werden könnte. Der Raum könnte ebenfalls bei externen Nutzungen mit angeboten werden. Die Kinderbetreuung während externer Vermietung oder Bereitstellungen (z.B. Klausurtagungen der Fraktionen) könnte durch die mietende oder nutzende Partei organisiert und bezahlt werden.
- Inwieweit eine mögliche Kooperation mit einer Kita in räumlicher Nähe geschlossen werden kann, um eine Kinderbetreuung abzusichern. Möglicherweise ist der Betreuungszeitraum der Kita den Sitzungszeiten der BVV anzupassen.

Berlin, den 15.11.2022

Einreicher: Fraktion der CDU  
Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

#### Abstimmungsergebnis:

\_\_\_\_\_ beschlossen  
\_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
\_\_\_\_\_ abgelehnt  
\_\_\_\_\_ zurückgezogen

#### Abstimmungsverhalten:

<b>x</b>	einstimmig
	mehrheitlich
<b>49</b>	Ja-Stimmen
<b>0</b>	Gegenstimmen
<b>0</b>	Enthaltungen

**x** \_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
mitberatend in den Ausschuss für  
sowie in den Ausschuss für

Finanzen, Immobilien, Personal und Energiemanagement  
Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung

federführend



**Begründung:**

Die Intention, die Arbeit in der BVV familienfreundlicher auszugestalten, wird ausdrücklich begrüßt. Allerdings bestehen Zweifel, dass das Angebot einer Kinderbetreuung allein für Eltern und Familien ausreichend ist. Auch sollte geprüft werden, ob von einer Kinderbetreuung in ausreichender Größenordnung Gebrauch gemacht würde (vor allem zu den relevanten Uhrzeiten).

Der Ursprungsantrag schreibt eine Form vor, wie mit der Problematik der Vereinbarung von BVV und Familie umgegangen werden kann und lässt Müttern und Vätern kaum Auswahl. Umfassende Familienfreundlichkeit wäre es, den Bezirksverordneten (in begründeten Ausnahmefällen) die Möglichkeit zu verschaffen, auch wenn keine Kinderbetreuung organisiert werden kann, an den Sitzungen teilzunehmen. Wir wollen, dass möglichst alle Teile der Gesellschaft (so auch Eltern, pflegende Angehörige, etc.) als Bezirksverordnete mitwirken können.

# Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

## Anwesenheitsliste

**Ausschuss für Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung** am: **29.11.2022**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
-------------------	--------------	-----------

**Aru, Can Diego** - Bü 90/Grüne -

---

**Behnke, Frank** - AfD -

---

**Bittner, Denise** - CDU -

---

**Bond, Helene** - Bü 90/Grüne -

---

**Drewitz, Jan** - Bü 90/Grüne -

---

**Giannone, Diana Giovanna** - SPD -

---

**Göring, Christoph** - Bü 90/Grüne -

---

**Lederer, Oskar** - Linke -

---

**Mickley, Birgit** - SPD -

---

**Rosensky, Ulrike** - SPD -

---

**Schlüter, Paul** - Linke -

---

**Wechsberger, Kirsten** - Linke -

Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
------------------	--------------	-----------

**Döbler, Daniela** - SPD -

---

**Ennen, Lea** - CDU -

---

**Gerstenberger, Heike** - Linke -

---

**Krieger, Sascha** - Bü 90/Grüne -

---

**Krüger, Sylvia** - FDP -

---

# Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

## Anwesenheitsliste

**Ausschuss für Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung** am: **29.11.2022**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

stellv. Bürgerdeputierte	Unterschrift	Vertreter
<b>Bratslavsky, Una</b> - FDP -	_____	
<b>Delitz, Melanie</b> - CDU -	_____	
<b>Krüger, Lydia</b> - Bü 90/Grüne -	_____	
<b>Meyer, Constanze</b> - SPD -	_____	
<b>Van hove, Tamara</b> - Linke -	_____	
BA-Mitglied	Unterschrift	Vertreter
<b>Benn, Sören</b> - Linke - Bezirksbürgermeister	_____	

**Anwesenheitsliste**

**Ausschuss für Gleichstellung und Bürger\*innenbeteiligung** am: 29.11.2022

**GÄSTELISTE**
